

Stand der rechtlichen und politi- schen Auseinandersetzun- gen



Bundesverwaltungsgericht fällt salomoni- sches Urteil zum Ausbau des Flughafens Tegel

Das Bundesverwaltungsgericht hat im September nach einer mehrstündigen mündlichen Verhandlung zur Frage der Rechtmäßigkeit des Flughafenausbaus in Tegel ein salomonisches Urteil gefällt.

Eine Klägerin der Bürgerinitiative hatte beantragt, die Inbetriebnahme der neuen Abfertigungsanlagen für weitere zwei Millionen Passagiere (Steigerung von 30 %) zu untersagen. Obwohl das Gericht in der Verhandlung auch die inhaltlichen Fragen weiträumig erörterte, zog es sich in seiner Entscheidung darauf zurück, dass die Klage nicht zulässig sei, weil von der Klägerin der falsche Weg beschritten wurde. Die Klägerin habe vielmehr die Möglichkeit, auf dem direkten Weg gegen die Baugenehmigung vorzugehen.

Aufgrund dieses Urteils kann die Flughafengesellschaft nicht mehr behaupten, ihre Ausbaumaßnahme stehe auf rechtlich sicherem Gelände. Insofern trägt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes durchaus salomonische Züge.

Die Richter haben sich mit dem Ausklammern der inhaltlichen Fragen davon distanziert, die Hausaufgaben des Deutschen Bundestages und der Berliner Senatsverkehrsverwaltung erledigen zu sollen.

Der Bürgerinitiative steht weiterhin der Weg offen, auf rechtlicher und politischer Ebene gegen die Ausbaumaßnahmen auf dem Flughafen Tegel vorzugehen.

Unser Anwalt hat rechtzeitig auch gegen die Baugenehmigung Widerspruch eingelegt. Dieser Widerspruch ist bisher nicht beschieden worden. Die BI wird jetzt dieses Widerspruchsverfahren weiter vorantreiben und damit deutlich machen, dass die Ausbaumaßnahme auf dem Flughafen Tegel aus der Sicht der Anwohner keine akzeptable Rechtsgrundlage vorzuweisen hat.

Obwohl und gerade weil wir die Inbetriebnahme der neuen Abfertigungsanlagen nicht verhindern konnten, ist das weitere Vorgehen gegen die Baugenehmigung unbedingt erforderlich. Dieses Signal an die Berliner Landespolitik und Flughafenbetreiber wird hoffentlich dazu führen, dass auf Ausbaumaßnahmen verzichtet und statt dessen ernsthaft an den Möglichkeiten der Verkehrsverteilung nach Schönefeld gearbeitet wird. Bisher behauptet die Verkehrsverwaltung, dass eine derartige Aufteilung rechtlich nicht zulässig ist. In anderen europäischen Flughafensystemen ist dies aber bereits gängige Praxis.

„Dachziegelklage“

Die Klage zur Beschränkung der Nutzung der nördlichen Landebahn bei Landungen aus Richtung Spandau wird von unserem Rechtsanwalt energisch vorangetrieben. Er drängt inzwischen beim Oberverwaltungsgericht auf einen baldigen Verhandlungstermin.

Die Gegenseite hat inzwischen eingeräumt, dass eine derartige Nutzungsbeschränkung die Kapazität des Flughafens Tegel an Starts und Landungen erheblich einschränken würde.

Die Gegenseite versucht, die regelmäßige Beschädigung von Dächern jetzt mit dem Hinweis zu verharmlosen, dass dies auch an anderen Flughäfen in Deutschland regelmäßig geschehe.

Offensichtlich sind die Anwohner an den anderen Flughäfen noch nicht auf die Idee gekommen, deshalb Betriebsbeschränkungen zu fordern. Insofern kommt uns hier eine Vorreiterrolle zu.

Nachtflugklage

Um unsere Klage zur Ausweitung der Nachtflugbeschränkungen weiter voranzutreiben, sind wir auf der Suche nach einer zusätzlichen Klägerin oder einem Kläger aus Reinickendorf im Nahbereich des Flughafens Tegel. Bitte melden Sie sich bei uns, wenn Sie an der Erreichung unseres Ziels auf diese Weise mitarbeiten möchten.

Verstärkung aus Pankow

Ende Mai hatten wir eine gut besuchte Diskussionsveranstaltung mit Verkehrspolitikern von Bündnis 90/Grüne, SPD und PDS im Rathaus Pankow organisiert.

Dabei wurde deutlich, dass auch die Menschen in Pankow stark betroffen und verärgert sind.

Dies hat wohl den verkehrspolitischen Sprecher der SPD, Christian Gaebler, sehr beeindruckt. In der Folgezeit hat er sich gegenüber dem SPD-Verkehrssenator Strieder für die rigorose Einhaltung der Nachtflugbeschränkungen stark gemacht und zusammen mit dem verkehrspolitischen Sprecher der Grünen, Michael Cramer, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz noch einmal unmissverständlich erklärt, dass SPD und Grüne die Schließung des Flughafens Tegel aus Lärmschutzgründen wollen und deshalb zum Ausbau des Flughafens Schönefeld stehen.

Ein weiteres positives Ergebnis dieser Diskussion im Rathaus ist die Gründung einer eigenständigen Bürgerinitiative gegen den Flughafen Tegel. Diese Ausweitung des Widerstandes wird unseren Kampf gegen den Flughafen Tegel mit Sicherheit stärken.

Einschätzung der Planungen zum Ausbau des Flughafens Schönefeld

Angesichts des starken Widerstandes gegen Schönefeld - vor allem auch in der Berliner CDU - werden wir immer wieder gefragt, wie wir die Aussichten von Scheitern bzw. Gelingen des Planfeststellungsverfahrens für Schönefeld einschätzen.

Dazu Auszüge einer Presseerklärung der BI:

Bürgerinitiative begrüßt Schließungsantrag für Flughafen Tegel

BI-Sprecher: „Wichtiges Signal in alle Richtungen“

Die Bürgerinitiative begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Aufsichtsrates der Flughafenholding, den Schließungsantrag für den Flughafen Tegel jetzt bei der Senatsverwaltung für Verkehr einzureichen. „Offensichtlich“, so BI-Sprecher Hauenstein, „weht unter dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Wowereit ein neuer Wind in der Flughafengesellschaft. Einen besseren und klareren Start hätte sich Wowereit in dieser Funktion kaum verschaffen können“.

Nach Einschätzung der BI hebt er sich damit unmissverständlich von der chaotischen und richtungslosen Flughafenpolitik seines Vorgängers Diepgen ab.

Ein Signal, dass sich der Wind in der Flughafenpolitik nicht nur dreht sondern endlich auch eine eindeutige Richtung findet, hatten schon die verkehrspolitischen Sprecher der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Grüne Gaebler und Cramer mit ihrem gemeinsamen Bekenntnis zum Ausbau von Schönefeld und zur Schließung von Tegel und Tempelhof in einer Pressekonferenz am 10. September gesetzt.

Auch dies war aus der Sicht der BI ein wichtiger und erfreulicher Schritt, der unter dem Mehltau der Großen Koalition jahrelang so nicht möglich

war.

Die Botschaften von Wowereit, Gaebler und Cramer sind nach Meinung der BI klar und unmissverständlich:

- Für die Lufthansa heißt dies: Die Fixierung auf Tegel und weitere Ausbauforderungen kann sie sich sparen. Sie sollte stattdessen besser an der Gestaltung eines tragfähigen Konzepts zur Verkehrsaufteilung mitarbeiten. Wir werden sie dazu auffordern.
- Für die Wirtschaft stellt die Entscheidung eine vernünftige Planungsgrundlage dar.
- Die Genehmigungsbehörde in Brandenburg weiß endlich, dass sie im Land Berlin einen verlässlichen Partner gefunden hat, der seinen Beitrag zum Gelingen des Ausbaus in Schönefeld auf allen Ebenen leistet. Damit kann der Brandenburger Verkehrsminister der Auseinandersetzung um den Planfeststellungsbeschluss für Schönefeld vor dem Bundesverwaltungsgericht in aller Gelassenheit entgegensehen.
- Für die Anwohner von Tegel und Tempelhof heißt die Botschaft: Sie müssen nicht noch größere Belastungen fürchten oder ihr Eigentum unter Wert verschleudern, denn bei einer vernünftigen Verkehrsaufteilung lohnt es sich, noch bis zum Jahr 2007/2008 auszuhalten.

Bleibt nur noch die Frage zu klären, ob Megasenator Strieder willens und in der Lage ist, seiner Verkehrsverwaltung diesen Politikwechsel aufzuzwingen.

Verschärfte Sicherheitslage durch die Terroranschläge vom 11. September 2001

Bereits seit Jahren warnen wir vor der Möglichkeit und den Folgen eines Flugzeugabsturzes in unsere Wohngebiete.

Die Terroranschläge vom 11. September und der Absturz des Verkehrsflugzeuges am 12. 11. 2001 über dem Stadtteil Queens schärfen den Blick der Bevölkerung für die Sicherheitslage in den Einflugschneisen von Tegel.

Dies wird von Bundes- und Landespolitik konsequent ignoriert. Jeder Terrorist mit minimalen Kenntnissen über die Funktionen eines Verkehrsflugzeuges kann eine Maschine in den besonders sensiblen Flugphasen beim Landeanflug und während des Starts zum Absturz bringen und erreicht damit sein Ziel, wahllos Menschen zu ermorden und Angst und Schrecken zu verbreiten.

Dies können wir nicht hinnehmen. Ein erster Schritt wäre mit der Verlagerung des gesamten Auslandsflugverkehrs aus der Innenstadt zu erreichen. Dafür müssen wir kämpfen.

Wir hoffen auf Ihre finanzielle Unterstützung

Bereits im Rundbrief vom Mai 2001 hatten wir Ihnen mitgeteilt, dass wir für dieses Jahr auf einen Spendeneingang von ca. 15.000 DM hoffen. Bis heute ist knapp die Hälfte dieses Betrages eingegangen; dafür danken wir Ihnen sehr herzlich.

Für uns ist dies Ermutigung und Auftrag, unsere Arbeit auf allen Ebenen fortzuführen.

Wir hoffen, dass Sie mit einer weiteren Spende zur Sicherung unserer Weiterarbeit beitragen.

Sofortiges Aus für Airport Tegel gefordert

Nach dem jüngsten Flugzeugunglück in New York fordern die Berliner Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz in einem öffentlichen Brief an Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) die sofortige Schließung des Airports Tegel. Jetzt sei klar, dass Tegel „ein unglaubliches Sicherheitsrisiko“ darstelle.

Morgenpost, 13.11.2001

Die Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz forderte die sofortige Schließung des Airports Tegel. In einem offenen Brief appelliert sie an Innenminister Otto Schily (SPD), für die Einstellung des Flugverkehrs auf dem innerstädtischen Flughafen zu sorgen. Spätestens jetzt müsste klar sein, dass Tegel „ein unglaubliches Sicherheitsrisiko“ inmitten der Hauptstadt darstelle, heißt es in dem Schreiben. Selbst die Betreibergesellschaft des Airports geht nach Angaben der Bürgerinitiative im Fall eines Flugzeugabsturzes von bis zu 3 300 toten oder verletzten Anwohnern aus. Der Senat ignoriere die Warnungen seit elf Jahren. *(kop./ddp)*

Auszug Berliner Zeitung, 13.11.2001

Nach Absturz: Initiative fordert „Aus“ für Tegel

Nach dem gestrigen Flugzeugunglück in New York hat die Bürgerinitiative gegen das Luftkreuz das sofortige „Aus“ für den Flughafen Tegel gefordert. In einem Offenen Brief appelliert sie an Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), für die Einstellung des Flugverkehrs zu sorgen. Spätestens jetzt müsste klar sein, dass der innerstädtische Airport „ein unglaubliches Sicherheitsrisiko“ darstelle. Laut Initiative gehen Verantwortliche des Flughafens im Falle eines Absturzes von tausenden Toten und Verletzten aus. **ddp**

Der Tagesspiegel, 13.11.2001

Wenn Schönefeld steht ist für Tegel Schluss

Aufsichtsrat stellt Schließungsantrag / Weniger Passa

Der Flughafen Tegel steht vor dem Aus. Heute will der Aufsichtsrat der Flughafen-gesellschaft den Schließungsantrag für den innerstädtischen Flughafen festzurren. Tegel soll den Betrieb aufgeben, sobald der geplante Ausbau Schönefelds zum Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) abgeschlossen ist.

Schon jetzt gibt es in Tegel weniger Betrieb. Nach den Terroranschlägen in Amerika ist die Zahl der Passagiere auf dem wichtigsten Berliner Flughafen um fast 20 Prozent zurückgegangen. Weitere Flüge werden derzeit aber noch nicht gestrichen, so dass es zumindest zunächst nur bei der Aufgabe der Verbindung nach Washington durch die Lufthansa bleibt.

Die Hürden vor der Schließung eines Flughafens sind fast so hoch wie vor dem Bau einer Anlage. Ein Schließungsverfahren dauert, wie ein Genehmigungsverfahren für den Bau eines Flughafens, mehrere Jahre. Deshalb muss der Antrag jetzt gestellt werden, wenn Tegel, wie vereinbart, mit der Inbetriebnahme von BBI 2007 geschlossen wird. Trotz der Probleme mit der Privatisierung gehen die Ausbauplanungen für Schönefeld weiter.

Für Tempelhof läuft der Schließungsprozess bereits. 1996 hatten Berlin, Branden- der Bund in ihrem so genannten Ko- schluss vereinbart, Tempelhof au- wenn der Ausbau Schönefelds re- genehmigt ist. Damit rechnen die J 2003/2004. Das Verfahren stockte, die Flughafengesellschaft beantra- den Schließungsantrag vorüberge- hen zu lassen. Sie will Tempelhof zeitgleich mit Tegel schließen, um zität von Tempelhof nicht aufzugel-

In diesem Jahr schrauben die P Prognosen aber bereits nach unten roranschläge in New York und Wä haben zu einem drastischen Rück Passagierzahlen auch auf den Berli- hafen geführt, sagte Flughafenspre- semarie Meichsner auf Anfrage.

Nach den Prognosen sollte die Passagiere in diesem Jahr insgesamt auf 13,9 Millionen steigen. Diese Ze- man mit Sicherheit nicht erreie Meichsner. Personelle Konsequen- es nicht; an Entlassungen auf den i sei nicht gedacht. Zudem hofft die F- gesellschaft auf einen Aufschwung Herbstferien. **KLAUS KURT**

im November 2001

Der Tagesspiegel, 21.9.2001

Bürgerinnen und Bürger gegen das Luftkreuz

Berenhorststr. 5
13403 Berlin
Tel.: 413 83 07
Funk-Tel: 0172/ 32 64 283
Fax: 413 84 78
Mail: BIgendasLuftkreuz@t-online.de
Web: <http://bigendasluftkreuz.bei.t-online.de/>

Konto:

lagers/martens BI gegen das
Luftkreuz
Berliner Sparkasse
Kto.: 207 000 8005
BLZ: 100 500 00